



Ausschuss für Kultur und Medien

30. Sitzung (öffentlich)

25. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Öffentlich-rechtliches Telemedienangebot für Beitragszahlerinnen und Beitragszahler verbessern (Abschaffung der 7-Tage-Frist) 5

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4809

Entschließungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4902

APr 16/609 (Sachverständigengespräch)

Der Ausschuss nimmt den **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/4809** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP an.

Der Ausschuss lehnt den **Entschließungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/4902** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Piraten ab.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015); kulturpolitisch und medienpolitisch relevante Kapitel der Einzelpläne 02, 07 und 09

9

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 16/6500 und 16/6710 (Ergänzung)
Vorlage 16/2182 (Erläuterungsband Einzelplan 02)
Vorlagen 16/2174 und 16/2184 (Erläuterungsband Einzelplan 07)
Vorlage 16/2168 (Erläuterungsband Einzelplan 09)

Das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr bietet - da der zuständige Ministeriumsvertreter wegen Krankheit nicht anwesend sein kann - an, Fragen zum Bereich der Denkmalpflege schriftlich zu beantworten.

Dr. Angelica Schwall-Düren (Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien) kündigt an, dass sie über die aktuell stattfindenden Gespräche - dabei geht es um die Kürzung der bisher vom WDR freiwillig zugesagten Mittel um 3,1 Millionen € - zwischen der Film- und Medienstiftung und ihren Gesellschaftern im Ausschuss zu einem späteren Zeitpunkt berichten wird.

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren sagt zu, die Antwort auf die Frage nachzuliefern, warum es bei dem Mediengründerzentrum NRW einen Rückgang der Fördermittel gibt.

Ministerin Ute Schäfer (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend und Sport) will dem Ausschuss in dessen nächster Sitzung - nachdem sich das Kabinett mit dieser Frage beschäftigt hat - über die beabsichtigte Neukonzeption des JeKi-Projekts berichten.

3 Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein- Westfalen (Kulturförderungsgesetz Nordrhein-Westfalen)

24

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/6637

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, am 23. Oktober 2014 eine öffentliche Anhörung zum Entwurf eines Kulturförderungsgesetzes Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Es gibt eine gemeinsame Liste der

Anzuhörenden. Weitere Sachverständige sollen von den Fraktionen nach dem Schlüssel 2:2:1:1:1 benannt werden.

4 Nordrhein-Westfalens analoges und digitales Kulturerbe gemeinsam bewahren! - Status quo ermitteln, Zukunftsvision entwickeln, Kräfte von Bund, Ländern und Kommunen bündeln **25**

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5027
APr 16/628

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten abgelehnt.

5 Situation des Kunsthandels in Nordrhein-Westfalen und Stand der Beratungen von Bund und Ländern zur Besteuerung **28**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2218

Der Ausschuss diskutiert über den Bericht der Landesregierung. - Ministerin Schäfer erklärt, dass nunmehr ein Entwurf des Bundesfinanzministers bezüglich einer Regelung, die für die gesamte Bundesrepublik gelte, vorliegt. Sie geht davon aus, dass die Finanzminister des Bundes und der Länder in Kürze darüber diskutieren werden.

6 Sachstandsbericht zu TTIP **30**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2226

Der Ausschuss diskutiert über den Bericht der Landesregierung.

